

1 Die #SPDerneuern: Unser Weg nach vorn

2 Der vorliegende Leitantrag ist ein erstes Resultat unseres gemeinschaftlichen Erneuerungsprozesses. Stand heute sind in dieses Papier die Ergebnisse der ersten Dialogveranstaltungen für
3 Mitglieder, die wir als Partei nach der Bundestagswahl durchgeführt haben, der Unterbe-
4 zirksvorsitzendenkonferenz, der Mitarbeiterdiskussion im Willy-Brandt-Haus und zahlreiche
5 Gespräche, Debatten und Eingaben der letzten Wochen eingeflossen.
6

7 Nach dem Parteitag im Dezember 2017 starten wir den Prozess „Kompass2018“. Die vielen
8 Beiträge, die bisher schon eingegangen sind, werden dabei von entscheidender Bedeutung sein
9 und in die programmatische Erneuerung der SPD einfließen. Dafür sind wir weiterhin auf die
10 konstruktiven Beiträge aus der Partei und Zivilgesellschaft angewiesen, die unseren Erneue-
11 rungsprozess bereichern!

12 13 Einleitung

14 Am 24. September 2017 haben wir mit nur 20,5 Prozent der Zweitstimmen unser schlechtestes
15 Ergebnis bei einer Bundestagswahl seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland erzielt. Das
16 ist nicht nur eine weitere Niederlage auf Bundesebene nach 2005, 2009 und 2013, sondern
17 auch ein Indiz für die europaweite Schwäche der sozialdemokratischen Bewegung. Es ist ein
18 desaströses Ergebnis, das uns kein Mandat für eine Regierungsbeteiligung gibt und auch unser
19 Selbstverständnis als Volkspartei in Frage stellt.

20 Nur wenn wir die Ursachen dieser Niederlage schonungslos und ohne Vorbehalte aufarbeiten,
21 eröffnet sich die Chance, zu neuer Stärke und Gestaltungskraft zu gelangen. Dies zu tun ist
22 unsere Pflicht, weil die Herausforderungen unserer Zeit nach einem starken sozialdemokrati-
23 schen Politikansatz verlangen. Sozialdemokratie ist kein Selbstzweck, sondern wir haben uns
24 gegründet, um das Leben der Menschen besser zu machen.

25 Die Dialogveranstaltungen mit unseren Mitgliedern und der Austausch mit vielen engagierten
26 Menschen in den letzten Wochen waren ein erster und wichtiger Schritt, um zu neuer Stärke zu
27 gelangen. Nun brauchen wir den Mut, vergangene Fehler aufzuarbeiten, daraus die richtigen
28 Schlüsse zu ziehen und sie konsequent in politisches Handeln umzusetzen. Wir wollen aber
29 auch darauf schauen, was schon heute in unserer Partei und anderen uns nahestehenden Be-
30 wegungen gut funktioniert und wie wir davon lernen können.

31 Für unseren Aufbruch brauchen wir eine klare Orientierung, die auf unseren Werten Freiheit,
32 Gerechtigkeit und Solidarität basiert. Wir brauchen Leidenschaft, um Begeisterung für Politik
33 und die Suche nach dem besten Weg in eine gute Zukunft zu wecken. Dafür brauchen wir eine
34 grundlegende Erneuerung.

35 Mit unserem Arbeitsprogramm #SPDerneuern beschreiben wir, wie wir diese Erneuerung in
36 den nächsten Jahren erreichen wollen. Dabei geht es um drei Fragen: In was für einer Gesell-
37 schaft leben wir heute, vor welchen Veränderungen steht unser Land und wie ist unsere Vor-
38 stellung darüber, in welcher Gesellschaft wir leben wollen? Welche Gestaltungsaufgaben erge-
39 ben sich daraus für sozialdemokratische Politik? Wie stellen wir die SPD programmatisch und
40 organisatorisch neu auf?

1 I. Welt im Wandel. Einordnung unserer Politik.

2 Die ersten beiden Jahrzehnte unseres Jahrhunderts waren geprägt von dramatischen Verände-
3 rungen in Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und internationalen Beziehungen, die in ihrer
4 Schnelligkeit ohne Beispiel in der Geschichte sind. Diese Veränderungen sind vor allem gekenn-
5 zeichnet von einer sich täglich beschleunigenden digitalen Technologie, sowie durch verstärkte
6 weltweite Wirtschafts-, Finanz- und Handelsbeziehungen, die den Rahmen nationaler Politik
7 längst überwunden haben. Sie erfassen die gesamte Menschheit und haben die globalen
8 Machtverhältnisse und alle Gesellschaften grundlegend verändert.

9 Diese neuen globalen und digitalen Entwicklungen in allen Bereichen bergen die Chance, das
10 Leben der Menschen überall zu verbessern, wenn ihre Potenziale in die richtigen Bahnen ge-
11 lenkt werden. Die digitale Entwicklung in der globalisierten Wirtschaft entfesselt Kräfte, die
12 Wohlstand und Sicherheit für alle schaffen können, wenn politisch die richtigen Entschei-
13 dungen getroffen werden. Aus diesen Megatrends ergeben sich großartige Chancen für eine Wis-
14 sensgesellschaft, für die Revitalisierung unserer Demokratie und für internationale Kooperati-
15 on. Das ist das große Versprechen des 21. Jahrhunderts.

16 Die Aufgabe der Sozialdemokratie in Deutschland, in Europa und in der Welt ist es, für die Er-
17 füllung dieses Versprechens zu streiten. Unsere Aufgabe ist es, den Wandel so zu gestalten,
18 dass technische Entwicklung zu sozialem Fortschritt wird und die Globalisierung zu mehr De-
19 mokratie, zu mehr Schutz der Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen, zur Überwin-
20 dung von Ungleichheiten, zu mehr Freiheit und Selbstbestimmung in einer offenen und tole-
21 ranten, den Frieden bewahrenden Welt führt.

22 Wir wollen mit einer ambitionierten Klimapolitik unseren Beitrag dazu leisten, den Klimawan-
23 del zu verlangsamen und seine Folgen für Mensch und Umwelt zu verringern. Deutschland
24 muss bis 2050 weitestgehend treibhausneutral sein. Klimaschutz ist kein Luxus, den sich ein
25 Staat in guten Zeiten gelegentlich leisten kann. Wir müssen dem Klimawandel jetzt und heute
26 mit wirksamen Maßnahmen entgegentreten. Den schon heute absehbaren Strukturwandel in
27 der Energiewirtschaft und anderen Industriesektoren wollen wir politisch begleiten. Dabei
28 nehmen wir die Sorgen und Interessen der Beschäftigten sehr ernst, die von diesem Struktur-
29 wandel betroffen sind. Deshalb kümmern wir uns darum, dass Strukturen auf- und ausgebaut
30 werden, die an die industrielle Tradition anknüpfen und gute, tarifvertraglich gesicherte Arbeit
31 fördern. Die Energiewende bis 2050 muss dazu in eine nachhaltige Modernisierungsstrategie
32 des Modells Deutschland eingebettet werden. Wir müssen gemeinsam sozial- und wirtschafts-
33 verträgliche Pfade beschreiben, die eine Einhaltung der nationalen und europäischen Klimazie-
34 le unter Beibehaltung unseres Wohlfahrtsniveaus ermöglichen. Und wir müssen wirtschaftli-
35 che Entwicklung, Sozialverträglichkeit und Klimaschutz zusammenbringen. Dazu gehört ener-
36 giepolitisch, dass Versorgungssicherheit für Industrie und Verbraucher auf dem derzeitigen
37 hohen Niveau erhalten und wettbewerbsfähige Energiekosten gesichert werden können.

38 Wer die Errungenschaften, die die soziale Demokratie in der Vergangenheit erstritten hat, auch
39 im 21. Jahrhundert bewahren, verteidigen und erweitern will, muss europäisch und global
40 handeln. Deshalb gilt es zu verhindern, dass die globalisierte und digitalisierte Welt von einigen
41 wenigen als Instrument zum Abbau von Rechten missbraucht wird und die Schere zwischen
42 Arm und Reich weiter auseinander geht. Denn Globalisierung und Digitalisierung bedeuten
43 auch, dass neue soziale und wirtschaftliche, sowie politische und kulturelle Widersprüche deut-
44 lich zu Tage treten. Es stellen sich also neue Gerechtigkeitsfragen, die sozialdemokratische Poli-
45 tik beantworten muss. Gerechtigkeit und Fortschritt immer zusammen zu denken, ist das Al-
46 leinstellungsmerkmal unserer Politik. Einen solchen sozialen Fortschritt müssen wir national,
47 aber vermehrt auch international gestalten, damit die digitale Globalisierung eben nicht zu

1 weniger Demokratie, weniger Schutz der Lebensgrundlagen, zu weniger Sicherheit im Alltag
2 führt.

3 Denn bei allen Chancen führen die globalen Entwicklungen auch zu neuen Unsicherheiten und
4 Identitätskrisen, die sich auch in der neuen Stärke von populistischen Bewegungen weltweit
5 widerspiegeln. Besonders in den industrialisierten Ländern empfinden Menschen, dass die Na-
6 tionalstaaten an Grenzen kommen. Gerade Verteilungsgerechtigkeit herzustellen gestaltet sich
7 immer schwieriger, sowohl global, als auch national. Dem muss sich die Sozialdemokratie stel-
8 len. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger haben das Gefühl, nicht ausreichend als Individuen
9 respektiert zu werden und die Anerkennung für ihre Lebensleistung und ihr tägliches Schaffen
10 zu bekommen. Praktisch gesprochen: Wenn Mieten immer weniger bezahlbar werden, das
11 Gesundheitssystem ungerecht ist und die Lebenschancen ungleich verteilt sind, wird dem Staat
12 und den demokratischen Parteien immer weniger zugetraut, alltägliche Probleme zu lösen.

13 Das ist auch die Folge einer Ideologie, die seit Jahrzehnten einer Staatsverachtung huldigte und
14 der sich teilweise auch sozialdemokratische Bewegungen in Europa nicht entschieden genug
15 entgegengestellt haben. Der ungebändigte Neoliberalismus hat nicht nur weltweit, sondern
16 auch mitten in Europa zu eklatanten Fehlentwicklungen geführt. Merkmal dieser Ideologie ist
17 die Einschränkung der Staatstätigkeit zugunsten des Marktes. Im Zuge dieser Entwicklung kam
18 auch bei uns eine auf sozialen Ausgleich zielende staatliche Wirtschaftspolitik unter Druck. In
19 der Folge wurden öffentliche Unternehmen oder öffentliche Güter privatisiert und dem Wett-
20 bewerb übergeben (kommunale Betriebe, Wasser, Energie, Gesundheitswesen).

21 Deshalb muss die SPD den Mut haben, ihre eigene Politik der letzten 20 Jahren zu hinterfragen
22 und darf dabei auch nicht davor zurückschrecken, grundsätzliche Fragen zu stellen, Widersprü-
23 che unserer Wirtschaftsordnung zu problematisieren und Antworten darauf zu entwickeln. Die
24 Rolle des Staates im Sinne eines handlungsfähigen Staates muss neu thematisiert werden. Wir
25 wollen einen Staat, der - wenn notwendig - die Wirtschaft reguliert und Märkte gestaltet, In-
26 novationen fördert, öffentliche Sicherheit, öffentliche Güter und Dienstleistungen bereitstellt
27 und verhindert, dass öffentliche Güter einer reinen Marktlogik unterworfen werden (Bildung
28 und Betreuung, Gesundheit, Pflege, Sicherheit, Wohnen).

29 Bei vielen Menschen gibt es ein starkes Bedürfnis nach Gemeinschaft, einem guten Miteinan-
30 der und einer gestaltenden Politik, die Menschen auf Augenhöhe zusammenbringt. Millionen
31 Menschen engagieren sich in Deutschland in sozialen, kulturellen und lokalen Bewegungen für
32 unser Gemeinwesen. Sie sind unsere Partnerinnen und Partner bei dem Bemühen, unser Land
33 besser, sicherer und gerechter zu machen und die Chancen des digitalen und globalen Jahr-
34 hunderts in Wohlstand für alle umzuformen.

35 Unsere Gesellschaft ist in den letzten Jahrzehnten moderner, toleranter und weltoffener ge-
36 worden. Gleichzeitig ist nicht zu übersehen, dass Teile der Bevölkerung mit dieser gesellschaft-
37 lichen Modernisierung hadern oder nichts mit ihr anfangen können. Dies zu thematisieren ist
38 Aufgabe der SPD, die für die gesamte Bevölkerung und nicht nur für die Besten, Smarten und
39 Schnellen Politik macht.

40 Wenn wir darüber sprechen, was Deutschland stark gemacht hat, dann sprechen wir über das
41 sozialdemokratische Modell der Arbeitsgesellschaft: Eine starke Industrie, gut ausgebildete
42 Fachkräfte, einen leistungsfähigen Sozialstaat, Sozialpartnerschaft, Mitbestimmung und Tarif-
43 verträge. Vor allem eine hohe Tarifbindung war über Jahrzehnte Garant dafür, dass der Wohl-
44 stand auch bei denjenigen ankam, die ihn durch ihre Arbeitskraft erwirtschaftet haben. Arbeit
45 ist aber immer weniger durch Tarifverträge, Ordnung und Sicherheit geprägt. Vor allem in Ost-
46 deutschland gibt es immer mehr Betriebe, in denen es überhaupt keinen Tarifvertrag (mehr)
47 gibt. Die Folge ist ein niedrigeres Lohnniveau, eine ungerechte Verteilung der Einkommen,

1 schlechtere Arbeitsbedingungen oder schlechtere Qualifizierung und Ausbildung. Es zeigt sich:
2 Die soziale Spaltung des Arbeitsmarktes beginnt da, wo die Tarifbindung endet.

3 Unsicherheit erleben die Menschen auch auf internationaler Ebene. Die Welt scheint aus den
4 Fugen: Klimawandel, Hunger und Armut sind die Schattenseiten der Globalisierung, Gewiss-
5 heiten der internationalen Ordnung geraten ins Wanken. So untergraben etwa die USA unter
6 Präsident Trump die internationale Ordnung, deren Stabilität sie lange geprägt haben. Erreich-
7 te Fortschritte, wie beim Klimaschutz (Paris-Abkommen) oder der Abrüstung (Iran-Abkommen),
8 geraten in Gefahr. Aber auch Länder wie China oder Russland beeinträchtigen auf gefährliche
9 Weise eine internationale Friedensordnung, indem sie ein autoritäres Staats- und Gesell-
10 schaftsverständnis propagieren, das sie als erfolgreicherer Modell als die westliche Idee einer
11 aufgeklärten Gesellschaft und einer sozialen Demokratie betrachten. Außerdem gibt es zu-
12 nehmend nicht-staatliche Akteure, die mit einem radikalen Nationalismus, religiösem Fana-
13 tismus und Terror globalen Einfluss nehmen wollen. Aber auch manch weltweit operierender
14 Konzern untergräbt mit einer Strategie der Steuervermeidung und der unzulässigen Einfluss-
15 nahme auf Politik das Primat der demokratischen Entscheidung. Die internationale Staaten-
16 gemeinschaft ist derzeit nicht in ausreichendem Maße in der Lage, diesen Gefahren adäquat zu
17 begegnen, kriegerische Auseinandersetzungen zu befrieden, humanitäre Katastrophen zu be-
18 wältigen und globale Gerechtigkeit herzustellen.

19 Auf diese Entwicklungen müsste ein stärkeres Europa Antworten geben und zu Lösungen bei-
20 tragen. Ein demokratisches und soziales Europa ist unser Beitrag zu einer friedlichen und ge-
21 rechten Welt, die den Menschen auf unserem Kontinent und weltweit eine gute Zukunftspers-
22 spektive gibt. Stattdessen befindet sich die EU aber weiterhin im Krisenmodus. Mit dem Verei-
23 nigten Königreich hat sich erstmals ein Mitgliedsstaat aufgemacht, die Europäische Union zu
24 verlassen. In vielen Fragen ist keine gemeinsame Linie der EU-Mitgliedsstaaten erkennbar, et-
25 wa in der Flüchtlingspolitik oder bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise. In einigen Mitglieds-
26 staaten der EU ist autoritäres Denken zwischenzeitlich Regierungshandeln geworden.

27 Zugleich gibt es ermutigende, pro-europäische Impulse, etwa der französischen Regierung und
28 von pro-europäischen Bewegungen wie „Pulse of Europe“, die einen offenen und konstruktiven
29 Partner in der deutschen Politik suchen. Dieser Partner wollen wir sein.

30 Die SPD ist die Europapartei und hat bereits in ihrem Heidelberger Programm von 1925 die
31 Vereinigten Staaten von Europa gefordert. Dass die SPD gleichzeitig die "vor-Ort-Partei" sein
32 muss, ist dabei kein Widerspruch. Unser Anspruch als Volkspartei ist es, dass wir uns mit voller
33 Leidenschaft um die Alltagssorgen der Menschen vor Ort kümmern. Klar ist aber auch: Die glo-
34 balen Herausforderungen unserer Zeit, die das Leben der Menschen in unserem Land direkt
35 betreffen, müssen international und europäisch beantwortet werden. Die SPD muss also so-
36 wohl regional stark präsent, als auch europäisch und weltweit vernetzt sein und gleichzeitig
37 eine langfristige und übergeordnete Orientierung geben, wie wir die Zukunft unseres Landes in
38 einer globalisierten Welt gestalten wollen.

39

40 **II. Das Ergebnis der SPD bei der Bundestagswahl 2017**

41 Für unseren Neuaufbruch ist eine tiefe und ehrliche Analyse der Fehler und Versäumnisse der
42 letzten Jahre notwendig. Die historische Wahlniederlage der SPD in diesem Jahr lässt sich nicht
43 mit einer einzigen Ursache erklären.

44 Der SPD ist es bei den letzten vier Bundestagswahlen nicht gelungen, zu einer Mehrheit zu
45 kommen, die uns den Auftrag zur Regierungsbildung gegeben hätte. Zum Jahreswechsel
46 2016/2017 war die SPD sogar in Umfragen unter die 20-Prozent-Grenze gerutscht. Die Gründe

1 hierfür aufzuarbeiten gehört zu einer umfassenden Analyse, die die Grundlage für einen Er-
2 neuerungsprozess bildet.

3 Klar ist aber auch: Es hat Fehler und Fehleinschätzungen beim Bundestagswahlkampf gegeben,
4 über die wir, neben den längerfristigen Versäumnissen, auch sprechen müssen. Insgesamt ist
5 es uns nicht gelungen, angesichts des rasanten gesellschaftlichen und technologischen Wan-
6 dels und der damit verbundenen Verunsicherungen eine positive und glaubwürdige Vision für
7 eine gute Zukunft und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu vermitteln.

8 Die Wahlen haben erneut bestätigt, dass die langfristige Wählerbindung der Volksparteien
9 abnimmt und Wechselwählerinnen und -wähler zunehmen. Wählten 1998 noch 48 Prozent der
10 Arbeiterinnen und Arbeiter die SPD, kamen 2017 gerade mal beide Volksparteien zusammen in
11 etwa auf den gleichen Wert. Die SPD erreicht in nahezu allen sozialen Milieus gleich schlechte
12 Zweitstimmenergebnisse. In den Ländern schwanken die Ergebnisse von 10,5 Prozent in Sach-
13 sen bis 27,4 Prozent in Niedersachsen. Seit 2005 haben sich die Wählerstimmen für die SPD
14 mehr als halbiert. Die SPD hat vor allem Zuspruch und Rückhalt bei Wählerinnen verloren. Bei
15 der Bundestagswahl 1998 haben noch 41 Prozent der Frauen ihr Kreuz bei der SPD gemacht,
16 am 24. September 2017 waren es nur noch 21 Prozent. Bei den 18- bis 44-Jährigen haben nur
17 noch 18 Prozent der Frauen für die SPD gestimmt. Das Vertrauen der Frauen wieder zu gewin-
18 nen, muss zentrales Ziel des Erneuerungsprozesses sein.

19 Die SPD hat ein Zutrauens- und ein Wahrnehmungsproblem. So wurden die sozialen Erfolge
20 der Großen Koalition nicht mit der SPD verbunden. Dramatischer noch: Eine Mehrheit in der
21 Bevölkerung bescheinigt uns, die SPD hätte sich zu wenig um die gerechte Verteilung des
22 Wohlstands gekümmert. Sichere Renten, gute Bildung und gerechte Löhne liegen zwar regel-
23 mäßig ganz oben im Ranking der wichtigsten Wahlmotive. Dies führte allerdings nicht zu ei-
24 nem Kreuz bei der SPD, weil uns entweder nicht geglaubt oder keine Lösung zugetraut wurde,
25 die umsetzbar ist. Selbst beim Thema Rente, für das CDU und CSU kein Konzept vorgelegt ha-
26 ben, wurde der Union am Ende eine höhere Kompetenz zugetraut als der SPD. Die Fülle sozial-
27 demokratischer Wahlzusagen und die wahrgenommene Sprunghaftigkeit bei wichtigen The-
28 men in den letzten Jahren hat eher Zweifel an unserer Verlässlichkeit genährt. Beim Thema
29 Innovationen und Wirtschaft wurde unserer Partei deutlich zu wenig Kompetenz zugeordnet.
30 Vielen Wählerinnen und Wählern war insgesamt nicht klar, wofür die SPD steht.

31 *„Die Partei hat Kompromisse in den Mittelpunkt gestellt, statt ihre Ziele und das bisher Er-
32 reichte deutlich zu machen.“ (Dialogveranstaltung Leipzig)*

33 *„Es ist uns gelungen, die Sorgen der Menschen zu formulieren, dann müssen wir aber auch
34 sagen, wohin es gehen soll.“ (Dialogveranstaltung Frankfurt)*

35 Entsprechend haben wir in alle Richtungen und in allen Altersgruppen in etwa gleich viele
36 Wählerinnen und Wähler verloren. Unser Themenangebot hat in der Wählerschaft weder be-
37 sondere Zustimmung noch Ablehnung erfahren, auch weil bei vielen wichtigen Themen, wie
38 Flüchtlingen, Diesel-Problematik oder auch der Türkei-Frage, aber ebenso bei Steuern, Bildung
39 und innerer Sicherheit unsere Politikangebote offensichtlich zu unscharf und zu wenig unter-
40 scheidbar von den politischen Mitbewerbern waren.

41 Die SPD kann sich immer weniger auf feste Stammwählermilieus stützen. Das beeinflusst auch
42 unsere Programmatik – die SPD besitzt Lösungsansätze für letztendlich alle Politikbereiche, es
43 fehlt jedoch die übergeordnete programmatische Klammer. Daraus folgt, dass die SPD zwar bei
44 vielen Themen präsent ist, aber bei keinem Thema mehr wirklich prägend. Eine verständliche
45 Erzählung, wo wir mit dem Land hinwollen, fehlt und damit eine wesentliche Voraussetzung
46 für echte Zukunftskompetenz. Die SPD will und wird Volkspartei bleiben. Das bedeutet, Men-

1 schen aus allen gesellschaftlichen Schichten zu repräsentieren, anzusprechen und für unsere
2 Politik zu gewinnen. Gestützt auf unsere grundwertbasierte Gemeinwohlvorstellung formu-
3 lieren wir den klaren Anspruch, führende Regierungspartei werden zu können. Dafür müssen
4 wir uns angesichts der zunehmenden Ausdifferenzierung der Gesellschaft die Frage beantwor-
5 ten, wie wir zu einer wahrnehmbaren und integrativen Erzählung kommen. Die Sozialdemo-
6 kratie war immer stark, wenn ihr die glaubwürdige Definition der verbindenden Vision gelun-
7 gen ist, in der sich die Gesellschaft und die Mehrheit ihrer Mitglieder wiederfinden konnten.

8 *„SPD für 2030 aufstellen, nicht nur für den nächsten Wahlkampf. Erst danach überlegen, wel-
9 che Personen das umsetzen.“ (Dialogveranstaltung Berlin)*

10 Vor allem in Zeiten, in denen Unzufriedenheit und Unsicherheit mit Blick in die Zukunft steigt,
11 reicht es nicht, nur die Gegenwart gut zu verwalten, sondern es braucht den Mut, die Zukunft
12 zu gestalten.

13 *„Mehr Mut – Mut zu eigenen Positionen, Mut zu mehr Ehrlichkeit und Offenheit und Mut,
14 Bestehendes infrage zu stellen.“ (Dialogveranstaltung Kaiserlautern)*

15 Die SPD ist ihrem Anspruch nach Programmpartei. Auf dem Weg zum Regierungsprogramm
16 haben wir in einem großangelegten Dialog unsere programmatischen Positionen erarbeitet. Im
17 Regierungsprogramm und während der Kampagne haben wir neue Ideen für eine bessere Zu-
18 kunft unseres Landes vorgelegt. Unsere Konzepte für gerechte Steuern und mehr Investitionen,
19 zur besseren Qualifizierung von arbeitssuchenden Menschen (u.a. „Arbeitslosengeld Qualifizie-
20 rung“, kurz ALG Q), zur Familienarbeitszeit, unser Rentenkonzept und der Zukunftsplan „Das
21 moderne Deutschland“ haben programmatische Maßstäbe gesetzt. Erstmals gab es eine ge-
22 meinsame Initiative des Kanzlerkandidaten mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerprä-
23 sidenten der SPD für eine „Nationale Bildungsallianz“.

24 All das hat aber offenbar dem Wunsch der Wählerinnen und Wähler nach klarer Orientierung
25 und Einordnung zu wenig entsprochen. Unsere ausdifferenzierte Programmatik einerseits und
26 andererseits der fehlende Mut in wichtigen gesellschaftlichen Streitfragen ein klares Profil zu
27 erarbeiten, haben ein überzeugendes sozialdemokratisches Gesamtangebot nicht erkennen
28 lassen.

29 Wir haben offensichtlich die neuen Bruchlinien in der Gesellschaft zu selten aufgenommen
30 und konnten daher auch die entsprechenden Konflikte unserer Zeit nicht stellvertretend für die
31 Gesellschaft austragen. Vor allem Frauen fühlen sich von uns nicht mehr angesprochen. Die
32 SPD muss sich künftig stärker an den Lebensrealitäten von Frauen orientieren, ihre Interessen
33 in allen Themenfeldern abbilden und entsprechende Lösungen für die Gleichstellung von Frau-
34 en und Männern aufzeigen. Wenn die SPD Volkspartei bleiben will, muss sie vielfältiger denken
35 und auftreten. Deshalb müssen alle Entscheidungs- und Diskussionsprozesse sowie Gremien
36 grundsätzlich gleichberechtigt mit Frauen und Männern besetzt werden.

37 Das gilt aber auch für das Lebensgefühl: Wenn die heutige Lage positiv ist, aber die Unsicher-
38 heiten über die Zukunft wachsen, geht ein an Komma Stellen von Steuersätzen, Rentenhöhen
39 und Sozialtransfers orientierter Politikansatz an dem Bewusstsein vieler Menschen vorbei, die
40 vor allem das Grundanliegen einer Partei erkennen wollen. Es ist uns also zu wenig gelungen,
41 aus unserem vorhandenen, großen programmatischen Schatz eine Politik „aus einem Guss“ zu
42 formulieren. Die SPD darf nicht von einer Programmpartei zu einer Spiegelstrichpartei mutie-
43 ren. Diese Erkenntnis müssen wir bei kommenden Wahlkämpfen besser umsetzen und ein kla-
44 reres, kürzeres und verständlicheres Angebot für die Menschen formulieren.

45

1 „Die SPD muss die Vision einer wünschenswerten Welt im 21. Jahrhundert formulieren und
2 einlösen.“ (Dialogveranstaltung Hamburg)

3 „Vision davon entwickeln, dass es den Menschen besser gehen wird in der Zukunft, statt Dis-
4 kussionen um einzelne Zahlen der Rentenformel.“ (Dialogveranstaltung Wolfsburg)

5 Neben den genannten grundlegenden und langfristigen Gründen für die Schwäche der SPD
6 gibt es auch andere Faktoren, die einen Wahlerfolg verhindert haben: Wie schon 2009 und
7 2013 wurde die späte Kandidaten-Kür vor allem aufgrund der mangelnden strategischen, the-
8 matischen und organisatorischen Vorbereitung zur Achillesferse der gesamten Wahlkampf-
9 kampagne.

10 Nach den drei verlorenen Landtagswahlen im Frühjahr 2017 sind wir mit unserer bundeswei-
11 ten Kampagne nicht mehr auf die Füße gekommen. Es ist uns deshalb nach der Anfangseupho-
12 rie nach der Nominierung des Kanzlerkandidaten nicht mehr gelungen, einen Wettbewerb der
13 beiden großen Parteien auf Augenhöhe zu erreichen und zu einer echten Machtoption zu
14 kommen. Gerade dieser Aspekt hat am Ende des Wahlkampfes zu einer massiven Wählerwan-
15 derung weg von den beiden Volksparteien hin zu anderen Parteien geführt.

16 Außerdem ist es uns nicht gelungen, unsere Kampagne in den letzten Wochen thematisch ent-
17 scheidend zuzuspitzen. Statt sich wahrnehmbar auf Themen wie Bildung, Rente und Lohnge-
18 rechtigkeit zu konzentrieren, haben wir zu oft zusätzliche Botschaften setzen wollen oder das
19 Medieninteresse falsch eingeschätzt. Die Wählerinnen und Wähler hatten gerade am Ende den
20 Eindruck, die SPD treibe jeden Tag eine „neue Sau durch das Dorf“.

21 Es bleibt festzuhalten: Nicht die Medien, nicht die Demoskopien und auch nicht die politischen
22 Gegner sind schuld an unserer Wahlniederlage. Der Kanzlerkandidat und die gesamte SPD ha-
23 ben diese Wahl verloren.

24 Bei aller notwendigen und offenen Auseinandersetzung mit unseren Fehlern gilt es auch, bei
25 den positiven Trends anzuknüpfen, die es im Jahr 2017 für die Partei gegeben hat: So haben
26 sich viele tausende Mitglieder sowie Anhängerinnen und Anhänger beim Wahlkampf mit Lei-
27 denschaft und Enthusiasmus engagiert. Auf Kundgebungen im ganzen Land, an denen tausende
28 Menschen teilgenommen haben, an zahllosen Infoständen, bei Hausbesuchen und mit der
29 Hilfe zahlreicher Unterstützerinnen und Unterstützer aus allen gesellschaftlichen Bereichen,
30 wurde für die Sozialdemokratie politische Überzeugungsarbeit geleistet. Über 28.000 Men-
31 schen sind im Jahr 2017 der SPD beigetreten. Die innerparteiliche Mobilisierung war insgesamt
32 hoch. Auch im immer wichtigeren Social-Media Wahlkampf hat die Kampagne Maßstäbe ge-
33 setzt. Diese Trends sind ermutigend und geben uns die Überzeugung, dass wir wieder struktu-
34 rell mehrheitsfähig werden können. Auch die Begeisterung für die SPD, die wir im Februar und
35 März nach der Kanzlerkandidatennominierung erlebt haben, belegt das.

36 **III. Die SPD nimmt die Herausforderungen an**

37 Die Sozialdemokratie in Deutschland muss sich für die Zukunft neu aufstellen. Sie ist in
38 Deutschland, wie auch in vielen anderen Teilen Europas, derzeit in der Defensive. Erfolge ande-
39 rer progressiver Parteien sowie der SPD in einzelnen deutschen Bundesländern zeigen aber,
40 dass es nach wie vor möglich ist, überzeugende sozialdemokratische Angebote zu formulieren.
41 Die SPD wird gebraucht als Partei des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts in Deutschland
42 und Europa.

1 III.1. Mut zur programmatischen Klarheit

2 Wir können es uns nicht länger leisten, in den großen Fragen unserer Zeit unklar zu sein. Des-
3 halb leiten wir einen Prozess ein, in dem wir offene und strittige Fragen klären. Hierzu laden
4 wir alle gesellschaftlichen Gruppen ein. Denn unser Anspruch ist es, mit der Klärung innerhalb
5 der Sozialdemokratie zugleich eine gesellschaftliche Debatte anzustoßen. Vor allem bei vier
6 großen Fragen sind programmatische Klärungen für die SPD notwendig:

7 Es geht *erstens* um die Frage, wie wir die Zukunft Europas als soziale und demokratische Ant-
8 wort auf die Globalisierung gestalten wollen;

9 *zweitens* um die Frage, wie wir aus technologischem Wandel, insbesondere der Digitalisierung,
10 sozialen Fortschritt entwickeln werden;

11 *drittens* um humane und realistische Antworten auf die Herausforderungen von Flucht und
12 Migration und darum, mehr globale Gerechtigkeit herzustellen und die Fluchtursachen konse-
13 quent zu bekämpfen

14 und *viertens* um die Frage, wie wir in Zeiten rasanten Wandels gesellschaftlichen Zusammen-
15 halt und Demokratie stärken können.

16 Vielleicht haben wir uns auch in den letzten Jahren zu sehr hinter dem Ziel versammelt, mög-
17 lichst geschlossen zu sein. Darum wirkt die Partei von außen oft zu starr und autoritär. Viele
18 Frauen und Männer schreckt dies ab. Die Partei attraktiver zu machen heißt also auch, sie dis-
19 kursiver und empathischer zu machen und die sozialdemokratische Lust an der Debatte wie-
20 derzufinden – zu ringen um die richtigen Lösungen, inklusiv, vielfältig, respektvoll miteinander
21 und öffentlich. Wer moderne Politik machen will, muss auch mal ein Risiko eingehen, statt sich
22 erst nach allen Seiten abzusichern. Meinungsführerschaft heißt nicht, der Meinung hinterher-
23 zurennen.

24 III.2. Die Zukunftsthemen

25 a) Die Zukunft Europas

26 Europa ist bei vielen Herausforderungen Teil der Lösung und nicht Teil des Problems: Wenn es
27 um die Krise in den Beziehungen mit der Türkei und mit Russland geht, um die Bekämpfung
28 des Klimawandels und des Steuerdumpings oder um die Flüchtlingsfrage, brauchen wir ein
29 handlungsfähiges Europa und kein permanentes „Nein“ aus Berlin. Auf globale Herausforde-
30 rungen, wie den Klimawandel und die hohen Flüchtlingszahlen, kann es nicht nur nationale
31 Antworten geben, sondern vor allem europäische!

32 *„Dazu brauchen wir Europa und die Europapolitik, für die Klimapolitik und die Steuerpolitik:
33 wir brauchen die Vereinigten Staaten von Europa.“ (Dialogveranstaltung Hamburg)*

34 *„Vision von Europa entwickeln, nicht zulassen, dass es zerbröselt“ (Dialogveranstaltung
35 Wolfsburg)*

36 Es ist Aufgabe der SPD, die zentrale Rolle Deutschlands bei der Gestaltung Europas anzumah-
37 nen und den fortschrittlichen Kräften in Europa die Hand zu reichen. Wir sind die Europapartei
38 in Deutschland. Wir streben eine Neugründung in Europa an und wollen alle konstruktiven
39 europäischen Bewegungen dabei einbinden und von ihren Ideen profitieren.

40 Europa ist das Instrument, durch das wir unseren Beitrag wirkungsvoll in den Globalisierungsdiskurs einbringen können. Während China und Russland ein autoritäres Staats- und Gesellschaftsmodell vertreten, muss Europa seine wertegeleitete, soziale und tolerante Demokratie

- 1 einbringen. Es muss dabei seine wirtschaftliche Kraft wertegeleitet nutzen. Die Zielsetzung
2 europäischer Integration ist nicht die marktkonforme Demokratie, sondern die Demokratiege-
3 meinschaft, die den Markt in Europa so formt, dass er auf individuellen, sozialen und ökologi-
4 schen Rechten aufgebaut wird. Zugang zu diesem Markt darf nur erhalten, wer weltweit gel-
5 tende ökologische und soziale Mindeststandards und individuelle Grundrechte respektiert.
- 6 Die EU zu stärken, statt sie im Krisenmodus zu lassen, sie auszubauen zu einer Union der De-
7 mokratien, die Sicherheit im Wandel des 21. Jahrhunderts schafft und friedliche Entwicklung
8 statt Konfrontation und Militarisierung zur Basis ihres Handelns macht, das ist die Aufgabe der
9 SPD, der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) sowie unserer sozialdemokratischen Frak-
10 tion im Europäischen Parlament (S&D). Zu lange haben die Sozialdemokraten Europa den
11 Marktradikalen und Konservativen überlassen. Jene wollen den Binnenmarkt als Instrument
12 einer grenzenlosen und unbeschränkten Marktfreiheit. Europa zu einem Raum der sozialen
13 Sicherheit, der individuellen Freiheit und des Rechts zu machen, das ist unsere Aufgabe! Das
14 bedeutet für die SPD aber auch, dass es eine bessere sozialdemokratische Vernetzung in Euro-
15 pa braucht. Das wird nur gelingen, wenn die SPD sich zum Motor dieses Prozesses entwickelt
16 und konkrete Visionen für eine echte Europäisierung der Politik vorlegt.
- 17 Wir werden u.a. folgende Fragen klären müssen:
- 18 - Wie können wir die EU so weiterentwickeln und stärken, dass Europa unsere Antwort
19 auf die Globalisierung und die Herausforderungen der Zukunft wird?
 - 20 - Wie beseitigen wir die Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion hin zu
21 einer politischen Union und ergänzen sie um eine soziale Dimension?
 - 22 - Wie können wir die EU als demokratische Wertegemeinschaft stärken? Welche Regeln
23 sind notwendig, um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa zu schützen?
 - 24 - Wie schaffen wir ein gemeinsames und solidarisches Vorgehen bei der Bekämpfung
25 von Fluchtursachen, beim Schutz der europäischen Außengrenze und bei der fairen Ver-
26 teilung von Flüchtlingen auf unserem Kontinent?
 - 27 - Wie verhindern wir durch einheitliche europäische Regeln, dass Waffen aus Europa in
28 Kriegsgebiete und Diktaturen exportiert werden?
 - 29 - Wie können wir einen Kurswechsel in der europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik
30 erreichen, der auf Solidarität statt Austerität setzt, also auf Investitionen und sozialen
31 Ausgleich statt auf Marktradikalismus und reinen Sparzwang?
 - 32 - Wie kann Europa als Raum des kulturellen und gesellschaftlichen Austausches gestärkt
33 werden?
 - 34 - Wie kann die Handlungsfähigkeit der EU angesichts von Interessenunterschieden und
35 Blockademöglichkeiten in Zukunft gesichert werden?
 - 36 - Wie stärken wir das Vertrauen und den Rückhalt der Bürgerinnen und Bürger in den
37 Prozess der europäischen Einigung?
 - 38 - Wie kann die EU ökologische Nachhaltigkeit garantieren, um dramatische Folgen wie
39 den Klimawandel oder das Artensterben zu bekämpfen?
- 40 Vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen sind die Wahlen zum Europäischen Parlament
41 2019 national wie europäisch von zentraler politischer Bedeutung. Als die deutsche Europapar-
42 tei, die die Zukunft unseres Kontinents gestalten will, werden wir die Europawahl 2019 als
43 Chance nutzen, unser Programm im Dialog und mit den Bürgerinnen und Bürgern zu entwi-
44 ckeln und die Menschen von unseren Zielen zu überzeugen. Wir werden uns hierauf intensiv

1 und frühzeitig mit unseren europäischen Schwesterparteien, der Sozialdemokratischen Partei
2 Europas (SPE) und der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament vorbereiten.

3 **b) Technologischer Wandel und sozialer Fortschritt**

4 Die SPD muss die Partei der guten Arbeit sein und bleiben. Es geht darum, für gute Arbeit und
5 sozialen Fortschritt in Zeiten des technologischen Wandels zu sorgen. Arbeit wird nicht ausge-
6 hen, wie manche behaupten. Sondern es geht ganz im Gegenteil darum, für eine neue Arbeits-
7 zeitpolitik und mehr Tarifbindung zu sorgen. Es geht um politische Gestaltung mit einer positi-
8 ven Vision einer Gesellschaft der guten Arbeit.

9 *„#SPDerneuern geht nur mit sichereren Arbeitsplätzen und echter Mitbestimmung bei Arbeit
10 4.0!“ (Kommentar via Twitter)*

11 Dabei ist klar, Deutschland war immer erfolgreich, wenn es auf Innovationen gesetzt hat. Das
12 ist auch die Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolgs. Um sozialen Fortschritt zu erreichen,
13 setzt die SPD auf wissenschaftlichen und technischen Fortschritt. Zugleich ist dieser Fortschritt
14 auch nötig, um die großen ökologischen Fragen zu beantworten, vor allem das drängende
15 Problem des Klimaschutzes. Wir halten daran fest, dass die Belange von Arbeit und Umwelt in
16 Einklang zu bringen sind.

17 Wir wissen, dass eine starke und wachsende Wirtschaft und neue Technologien nicht automa-
18 tisch zu Wohlstandsgewinnen für alle führen werden. Das gilt etwa für viele Arbeitnehmerin-
19 nen und Arbeitnehmer mit eher niedrigem Einkommen, die heute real schlechter dastehen, als
20 noch vor 20 Jahren. Das gilt auch für heute anerkannte und nachgefragte berufliche Fähigkei-
21 ten, die morgen wertlos sein können. Dementsprechend nimmt die Zuversicht, dass die Zu-
22 kunft besser wird, bei Teilen der Bevölkerung ab.

23 *„Wir müssen uns selbst wieder vertrauen, Positionen zu Verteilungsgerechtigkeit formulie-
24 ren.“ (Dialogveranstaltung Frankfurt)*

25 Der gesamtgesellschaftliche Reichtum nimmt aller Voraussicht nach durch die Digitalisierung
26 zu. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass die Zahl derjenigen sinkt, die unmittelbar von diesem
27 Produktivitätsanstieg profitieren. Digitalisierung bedeutet also auch neue Verteilungsfragen.
28 Ob die „Digitalisierungsdividende“ nur Wenigen zu Gute kommt und den Druck auf dem Ar-
29beitsmarkt für die Mehrheit der Gesellschaft erhöhen wird, oder ob sie der Mehrheit zu Gute
30 kommt, ist vor allem eine Verteilungsfrage und somit eine direkte Herausforderung für die
31 Sozialdemokratie. Die Organisation und Verteilung von Arbeit muss neu debattiert werden und
32 die technischen Möglichkeiten müssen vor allem dazu genutzt werden, dass die Menschen ein
33 gutes Einkommen erzielen können.

34 Das Verdienst der SPD ist es, immer aus technischem auch sozialen Fortschritt gemacht zu ha-
35 ben. Deshalb ist das Zeitalter der Digitalisierung auch ein Zeitalter der Sozialdemokratie, damit
36 nicht nur die Großen, die Schnellen und die Smarten von der technologischen Innovation profi-
37 tieren. Den technischen zu einem sozialen Fortschritt zu machen, ist die Gerechtigkeitsfrage
38 unserer Zeit, der sich die SPD stellen muss.

39 Allen zivilgesellschaftlichen Bewegungen, die bei der gerechten Gestaltung der Digitalisierung
40 mitmachen wollen, reichen wir die Hand zur Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Was wir brau-
41 chen ist ein breites Bündnis von Sozialdemokratie, Gewerkschaften sowie sozialen Initiativen
42 und Bewegungen, das über eine längere Zeit hinweg über gemeinsame Ziele diskutiert und
43 koordiniert handelt.

44

1 „Die verlorengegangene Verbindung zu den Gewerkschaften muss wieder gestärkt werden.
2 Die SPD muss die Dialogfähigkeit in die Gesellschaft verbessern.“ (Dialogveranstaltung Ham-
3 burg)

4 Die Erwerbsbiographien im 21. Jahrhundert verändern sich radikal. Trotzdem gilt: Die SPD ist
5 die Partei der Arbeit, gleichgültig, ob mit Arbeit Industriearbeit, Handwerk, landwirtschaftliche
6 Tätigkeit, Dienst am Menschen, Bildung oder Ausbildung, Dienstleistungsgewerbe, Verwal-
7 tung, Selbstständigkeit, ungelernte oder andere Tätigkeiten gemeint sind. Sie alle verdienen
8 den gleichen Respekt und den gleichen Schutz. Besondere Aufmerksamkeit müssen wir dem
9 Umstand widmen, dass bisher typische Frauenberufe, wie zum Beispiel Büro- und
10 Sekretariatsberufe oder Verkäuferinnen, auch von der Digitalisierung betroffen sind und be-
11 troffen sein werden. Gleichzeitig sind Frauen in MINT-Berufen weiterhin unterrepräsentiert,
12 also gerade in den Bereichen, die an wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bedeutung gewin-
13 nen werden. Die Verdienstlücke zwischen Männern und Frauen, sowie die ungleiche Verteilung
14 von unbezahlter Sorgearbeit, drohen durch die Digitalisierung der Arbeitswelt verstärkt zu
15 werden. Die weibliche Perspektive muss bei der Gestaltung des Arbeitsmarktes der Zukunft mit
16 einbezogen werden. Dabei ist auch zentral, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch mo-
17 biles Arbeiten zu ermöglichen.

18 Durch die Digitalisierung ändern sich nahezu alle Berufe, und es ist Aufgabe der SPD als Partei
19 der Arbeit, diesen Wandel so zu gestalten, dass Menschen ein sicheres Einkommen, Bestäti-
20 gung und eine langfristige Perspektive erhalten und dabei die neuen Realitäten in der Arbeits-
21 welt zu berücksichtigen und positiv zu gestalten. Im Zuge der Plattformökonomie verändert
22 sich auch der Begriff des Betriebs und der Arbeitnehmerbegriff. Die Grenzen der Betriebe wer-
23 den unübersichtlicher, z.B. durch die Einbeziehung von Arbeiternehmerinnen und Arbeitneh-
24 mern auf digitalen Plattformen. Es gilt weiterhin: Eine langfristige Perspektive, Sicherheit und
25 Mitbestimmung am Arbeitsplatz bleibt wichtig - egal was, wo und wie man arbeitet.

26 „Agenda 2010 kritisch betrachten und weiterentwickeln!“ (Dialogveranstaltung Hamburg)
27 „Fehler der Agenda 2010 klar benennen – keine kosmetischen Korrekturen.“ (Dialogveranstal-
28 tung Leipzig) „soziale Alternative zu Hartz IV“ (Dialogveranstaltung Kaiserslautern)

29 Globalisierung und technischer Wandel haben auch Folgen für die Löhne. Es ist deshalb gut,
30 dass die SPD Branchenmindestlöhne durchgesetzt hat. Der allgemeine gesetzliche Mindestlohn
31 ist eine unverzichtbare Lohnuntergrenze, die Millionen Beschäftigte schützt. Er wird regelmä-
32 ßig durch die Mindestlohnkommission überprüft. Unabhängig von diesem wichtigen Mecha-
33 nismus wollen wir prüfen, wie wir sicherstellen, dass wer sein Arbeitsleben lang zu Mindest-
34 lohnbedingungen Vollzeit gearbeitet hat, im Alter nicht auf öffentliche Unterstützung ange-
35 wiesen ist, und wie der Mindestlohn dann ausfallen muss. Aus dem gleichen Grund halten wir
36 es für wichtig, sicherzustellen, dass Beschäftigte auch in höherem Alter in der Lage sind, einen
37 neuen Beruf zu lernen. Da geht es um finanzielle Bedingungen und Rechtsansprüche, die das
38 ermöglichen müssen. Maßnahmen, wie der gesetzliche Mindestlohn und auch dessen Erhö-
39 hung sind richtig. Allerdings bleiben sie eine Art Notwehr. Die Förderung der Tarifbindung ist
40 und bleibt ein zentrales Ziel sozialdemokratischer Politik.

41 Durch die Digitalisierung werden sich viele Arbeitsplätze und Berufsbilder in naher Zukunft
42 komplett verändern. Deshalb brauchen wir eine aktive Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik, die
43 diesen großen Umbruch für die Beschäftigten und die Betriebe zum Guten mitgestaltet. Hier
44 sind alle gefragt: die Beschäftigten, die Betriebe und die Sozialpartner. Auch der Staat muss
45 neue Wege gehen: Mit einem persönlichen Chancenkonto sollen alle Arbeitnehmerinnen und
46 Arbeitnehmer mit einem staatlichen Startguthaben ausgestattet werden. Es soll eingesetzt

1 werden für die Finanzierung von Weiterbildung und Qualifizierung, die über reine Erhaltungs-
2 qualifikationen hinausgehen, denn dafür müssen die Unternehmen Verantwortung tragen.
3 Man kann es zudem nutzen für Existenzgründungen und den Übergang in die Selbstständig-
4 keit.

5 Wenn sich Arbeit durch die Digitalisierung so grundsätzlich verändert, dann müssen wir auch
6 unsere Sozialsysteme verändern. Wir brauchen zusätzliche Angebote, die sich besonders an
7 Beschäftigte richten, deren Arbeitsplätze durch die Automatisierung gefährdet sind und die
8 nicht unmittelbar durch Umschulung und Qualifizierung neue Jobs finden werden. Die Frage
9 ist, ob das bestehende Hartz-IV-System in Richtung eines „solidarischen Grundeinkommens“
10 verändert werden kann. Weniger Verwaltung von Arbeitslosigkeit und mehr Angebote von
11 guter, sozialversicherungspflichtiger Arbeit, die zugleich für ein besseres gesellschaftliches Zu-
12 sammenleben sorgt, müssen das Ziel sein.

13 Grundsätzlich gilt: Möglichst alle Menschen müssen vom digitalen Umbruch profitieren und
14 nicht nur die Internet- und Datengiganten. Dabei muss gerade die SPD darauf achten, dass
15 Menschen nicht zu reinen Objekten der Datenverarbeitung werden.

16 Aber eine gute digitale Zukunft wird nur europäisch gelingen. Deshalb muss beispielsweise
17 eine europäische Digitalcharta die Frage beantworten, wie wir künftig leben wollen, was uns
18 wichtig ist und welche Regeln gelten. Und auch wirtschaftspolitisch müssen wir bei der Digita-
19 lisierung besser werden, etwa indem wir europäische Digitalfirmen stärken und fördern, damit
20 wir unabhängiger von den Silicon Valley-Firmen werden oder von zukünftigen Plattformgigan-
21 ten aus China. Dies ist auch zentral, um Pressefreiheit und Meinungsvielfalt langfristig zu ga-
22 rantieren.

23 Wir werden u.a. folgende Fragen klären müssen:

24 - Neue Wirtschaftspolitik: Wie sichern wir Deutschlands Innovationsfähigkeit? Wie si-
25 chern wir den Industriestandort Deutschland in der digitalen Welt? Wie schaffen wir
26 nachhaltiges Wachstum und Sicherheit der Arbeitsplätze? Wie schaffen wir es, dass
27 Wohlstand und Chancen besser und gerechter verteilt werden? Wie soll die soziale
28 Marktwirtschaft im Zeitalter der Globalisierung und Digitalisierung aussehen? Wie
29 schaffen wir es, Machtkonzentrationen und Monopolbildungen in der plattformgetrie-
30 benen Ökonomie zu verhindern? Welche Rolle kommt dem Staat zu, um wirtschaftliche
31 Innovationen und gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern?

32 - Neue Arbeitswelt: Wie nutzen wir die technischen Möglichkeiten für eine humanere
33 Arbeitswelt und die bessere Vereinbarkeit von Leben und Arbeit? Wie garantieren wir
34 angesichts der Entgrenzung, etwa in der digitalen Plattformökonomie, neue Schutzzo-
35 nen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer? Wie erhöhen wir die Tarifbindung
36 in allen Branchen und Sektoren? Welche Aufgaben haben Politik und Sozialpartner zur
37 Stärkung der Tarifbindung? Wie müssen sich sozialstaatliche Regelungen verändern,
38 um die Vielfältigkeit der digitalen Beschäftigungsformen und veränderten Erwerbsbio-
39 grafien zu erfassen? Welche Antworten braucht gute Arbeit im Dienstleistungssektor?
40 Wie verhindern wir digital getriebenen neuen Arbeitsdruck, -verdichtung und
41 -kontrolle? Wie schaffen wir Angebote für Qualifizierung und Weiterbildung, damit alle
42 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von der Digitalisierung profitieren können?
43 Welche geschlechterspezifischen Auswirkungen hat die Digitalisierung und wie stellen
44 wir sicher, dass es nicht zu neuen, starren Geschlechterrollen kommt? Wie kann die ge-
45 ringe Beteiligung von Frauen an Start-Ups gesteigert werden? Entstehen durch neue
46 Arbeitsformen neue Berufsbilder, die eine gleichberechtigtere Arbeitsweise ermögli-
47 chen? Wie werten wir den Beruf der Pflegekraft so auf, dass sich Frauen und Männer

- 1 vorstellen können, in diesem Beruf zu arbeiten? Wie können wir durch flexible Arbeits-
2 zeiten und Arbeitszeitmodelle die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern?
- 3 - Soziale Sicherheiten: Wie kann der Staat bessere soziale Dienstleistungen anbieten und
4 so bessere Lebenschancen eröffnen und soziale Lebensrisiken verlässlich absichern?
5 Wie müssen wir das deutsche Sozialmodell erneuern, damit es Antworten auf neue Er-
6 werbsformen und Lebensverläufe gibt? Wie können Daseinsvorsorge, öffentliche Güter
7 und soziale Institutionen in allen Regionen Deutschlands wieder gestärkt werden?
- 8 - Würde im demografischen Wandel: Wie garantieren wir ein sicheres und menschen-
9 würdiges Leben im Alter? Wie reformieren wir die Pflege, damit sie den Ansprüchen un-
10 serer Zeit entspricht? Wie verhindern wir, dass die Absicherung der großen Lebensrisi-
11 ken dem einzelnen aufgebürdet und somit allein nach Markt- und Wettbewerbskriteri-
12 en organisiert wird?

13 c) Flucht und Migration

14 Wir stehen für einen humanen Flüchtlingsschutz und eine Politik, die Zuwanderung vernünftig
15 steuert. Es waren Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die auch aufgrund ihrer eige-
16 nen Verfolgungs- und Fluchtgeschichte dafür gesorgt haben, dass das Asylrecht in Deutschland
17 Verfassungsrang hat. Zudem wollen wir im Wettstreit um die klügsten Köpfe Frauen und Män-
18 ner aus aller Welt gewinnen, um gemeinsam mit ihnen unsere gesellschaftliche wie wirtschaft-
19 liche Entwicklung zu gestalten.

20 Die Wahlanalyse zeigt, dass die SPD viele Fragen von Flucht und Migration nicht ausreichend
21 beantwortet hat. Wir haben es nicht geschafft, über reaktive Tagespolitik hinauszukommen
22 und aufzuzeigen, wie eine humane Migrations- und Flüchtlingspolitik in europäischer Solidari-
23 tät gelingen kann, ohne Deutschland zu überfordern. Wir brauchen auch eine verantwortliche
24 Politik Deutschlands und der Europäischen Union, die Flüchtlingen in den Ländern außerhalb
25 Europas, in denen sie Schutz gefunden haben, Hilfe leistet. Sie müssen dort Perspektiven für
26 ein eigenständiges Leben auch außerhalb von Flüchtlingsunterkünften finden.

27 Auf den tatsächlichen wie den gefühlten Kontrollverlust des Staates haben wir keine ausrei-
28 chende Antwort gegeben. Deshalb müssen wir ein konsistentes Angebot ausarbeiten, das in-
29 ternational die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Mittelpunkt stellt, eine europäische
30 Gesamtstrategie für eine humanitäre Flüchtlingspolitik einschließlich eines europäischen Ein-
31 wanderungsgesetz entwickelt und die Länder und Kommunen in Deutschland in die Lage ver-
32 setzt, die gewaltigen Integrationsaufgaben zu schultern. Wir werden daher u.a. folgende Fra-
33 gen klären müssen:

- 34 - International: Was müssen wir tun für eine Fluchtursachenbekämpfung, die diesen
35 Namen auch verdient? Wie sorgen wir dafür, dass es generell keine Waffenexporte
36 mehr in Krisengebiete und an Diktatoren gibt? Wie kommen wir zu stabilen, demokra-
37 tischen Staatsstrukturen in heutigen Krisenregionen? Wie gestalten wir eine faire in-
38 ternationale Handels-, Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik, die vor allem Ländern
39 auf dem afrikanischen Kontinent gute wirtschaftliche, soziale und politische Perspekti-
40 ven ermöglicht? Wie können wir konsequenter für Klimaschutz sorgen und gegen den
41 Klimawandel angehen, der immer mehr Menschen dazu zwingt, ihre Heimat zu verlas-
42 sen?
- 43 - Europäisch: Wie kommen wir zu einer solidarischen Flüchtlingspolitik, die eine Über-
44 forderung einzelner Mitgliedstaaten verhindert? Wie überwinden wir in der europäi-
45 schen Flüchtlingspolitik die derzeit völlig unterschiedlichen Entscheidungspraktiken

- 1 und Versorgungsniveaus in den einzelnen Mitgliedstaaten? Wie schaffen wir ein euro-
2 päisches Zuwanderungsrecht, das legale Möglichkeiten zur Migration schafft?
- 3 - National: Wie garantieren wir die Leistungsfähigkeit des deutschen Asylsystems, und
4 wie verhindern wir Kontrollverlust? Wie wollen wir die Rückführung von vollziehbar
5 ausreisepflichtigen Asylbewerbern verbessern? Wie machen wir Integration zu einem
6 Querschnittsthema für die gesamte Gesellschaft? Wie schaffen wir es, dass die schnelle
7 Integration von anerkannten Flüchtlingen gelingt? Welches verbindliche Engagement
8 fordern wir von Flüchtlingen ein, welche Angebote muss der Staat machen? Welche
9 Einwanderungsstrategie braucht unser Land? Was brauchen Kommunen und ehren-
10 amtliche Helfer, ohne deren Leistung wir die Aufgabe nicht bewältigen werden, an Un-
11 terstützung?

12 **d) Zusammenhalt und Demokratie stärken**

13 Eine offene Gesellschaft braucht eine starke Demokratie und einen starken sozialen Rechts-
14 staat. Zusammenhalt und Solidarität müssen gefördert, Regeln durchgesetzt und damit Si-
15 cherheit gewährleistet werden. Der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft ist jedoch brüchig
16 geworden. Zu viele Menschen fühlen sich ausgeschlossen oder erleben tatsächliche Benachtei-
17 ligung. Viele sind unzufrieden und wenden sich von demokratischer Politik ab. Neue Bruchli-
18 nien spalten die Gesellschaft im Bewusstsein vieler Menschen in Gewinner und Verlierer.

19 Der Brexit, die Wahl von Donald Trump und anderen Populisten ist Ausdruck einer tiefsitzen-
20 den Spaltung unserer Gesellschaften. Gesellschaft ist der Ort, mit dem man verbunden ist, an
21 dem Aushandlungsprozesse stattfinden, Kompromisse geschlossen werden und an dem sich
22 die Zukunftsfähigkeit eines Gemeinwesens und die Widerstandsfähigkeit bei Erschütterung
23 entscheidet. Damit Gesellschaften solche Orte sein können, brauchen Menschen Vertrauen
24 und verdienen Respekt für ihre Lebensleistung. Sie brauchen eine Perspektive und Sicherheit.

25 Die SPD ist die Partei, die sich um Sicherheit kümmert, und zwar um Sicherheit in allen Lebens-
26 bereichen. Um innere Sicherheit, um äußere Sicherheit und um soziale Sicherheit. Sicherheit ist
27 Bedingung für ein freies Leben.

28 Zu gerechten Perspektiven gehört, dass wir das Chancenversprechen in unserer Gesellschaft
29 erneuern und jedem garantieren, dass er oder sie die gleichen Möglichkeiten bekommt, egal
30 welchen biographischen oder regionalen Hintergrund jemand hat. Hierfür müssen wir Milliar-
31 denbeträge freimachen, damit unser Bildungssystem das beste der Welt wird. Das im Wahl-
32 kampf von uns vorgeschlagene Aufbrechen des starren Bildungsföderalismus und eine an den
33 Bedürfnissen der Eltern und Kinder orientierte Bildungspolitik ist dabei ein wichtiges Element,
34 auch um Identitätskrisen aufzugreifen.

35 Um eine Spaltung zwischen Jung und Alt zu vermeiden, bedarf es überdies eines neuen Gene-
36 rationenvertrags, bei dem vor allem Familien gestärkt werden. Unsere im Wahlkampf vorge-
37 stellten Pläne waren ein wichtiger Beitrag für die Sicherung der Zukunftsfähigkeit unseres Ren-
38 tensystems – hieran müssen wir konzentriert weiterarbeiten. Um die Gleichberechtigung zwi-
39 schen Frauen und Männern voranzutreiben, müssen Frauen und ihre Belange sichtbar und hör-
40 bar einbezogen werden.

41 Wir brauchen auch ein Aktionsprogramm für gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regio-
42 nen Deutschlands, um praktische Herausforderungen zu gestalten und gegenseitiges Ver-
43 ständnis zu erhöhen. Menschen, die in ländlichen Regionen leben und wohnen, haben densel-
44 ben Anspruch auf eine gute Infrastruktur und Orte für zivilgesellschaftliche und kulturelle Ent-
45 faltung. Die öffentliche Infrastruktur und die Daseinsvorsorge müssen die Handlungsfähigkeit
46 des Staates beweisen. Das gilt vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, insbesonde-

1 re in elementar wichtigen Bereichen, wie dem medizinischen Angebot und der Altenpflege.
 2 Hier ist der Staat in der Verantwortung, und auch die demokratischen Parteien müssen in die-
 3 sen Regionen ihre Präsenz erhöhen.

4 *„Sich als Schutzmacht der arbeitenden und doch armen Bevölkerung darzubieten wäre unsere
 5 Aufgabe gewesen. Diese Gruppe haben wir der AfD weitgehend überlassen.“ (via e-mail)*

6 Für die Stärkung unserer Demokratie ist es zentral, entschlossen gegen Rechtspopulismus und
 7 Fanatismus zu kämpfen. Dies ist seit mehr als 150 Jahren eine der zentralsten Pflichten der
 8 Sozialdemokratie. Wir wollen die Demokratie revitalisieren und verteidigen. Dazu wird die SPD
 9 u.a. als wesentlicher zivilgesellschaftlicher Akteur helfen, kultur- und debattenfördernde An-
 10 laufpunkte aufzubauen, die für die Gemeinschaft nutzbar sind und Ankerpunkte für die demo-
 11 kratische und soziale Gesellschaft in Regionen bieten. Dies ist besonders in Regionen wichtig,
 12 an denen die Abwesenheit von Staat und anderer Infrastruktur zu einem Vakuum der Zivilge-
 13 sellschaft geführt hat.

14 *„Die SPD steht seit über 100 Jahren für das "Soziale", also für das Interesse am Anderen, für
 15 Gleichstellung, für Hilfsbereitschaft, für Verantwortungsbewusstsein und für die Stärkung der
 16 Gemeinschaft – dies ist – meiner Auffassung nach – die erforderliche programmatische
 17 Klammer, die der SPD zur Zeit fehlt.“ (via e-mail)*

18 Den direkten Dialog mit den Menschen vor Ort wiederzubeleben, ist ein erklärtes und priori-
 19 siertes Ziel der SPD. Die „Bürger-Arenen“, die der Parteivorsitzende in den Regionen angekün-
 20 digt hat, in denen die AfD ein hohes Wahlergebnis erzielt hat, stehen exemplarisch für diese
 21 Herangehensweise der Partei vor Ort.

22 *„Das ganze Jahr Präsenz zeigen, nicht nur im Wahljahr.“ (Dialogveranstaltung Hamburg)*

23 *„Vor Ort – zuhören, kümmern, Lösungen aufzeigen – 4 Jahre nicht 6 Wochen“ (Dialogveran-
 24 staltung Leipzig)*

25 *„Vertrauen ist nur durch Präsenz zu schaffen, zur SPD stehen und auf die Straße gehen, kon-
 26 tinuierlich, z. B. jeden Monat ein Werkstattgespräch, in Unternehmen, Verbänden etc.“ (Dia-
 27 logveranstaltung Frankfurt)*

28 *„Wieder mehr handeln, wieder mehr auf der Straße sein. Ehrlich sein. Sonst werden wir nicht
 29 für voll genommen.“ (Dialogveranstaltung Berlin)*

30 Wir werden u.a. folgende Fragen klären müssen:

- 31 - Was tun wir als Partei konkret vor Ort für gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur
 32 Stärkung der Demokratie? Wie kann die SPD in Zusammenarbeit mit anderen gesell-
 33 schaftlichen Gruppen die Demokratie gerade in den Kommunen wieder stärker erlebbar
 34 machen? Kann direkte Demokratie helfen, Politikverdrossenheit zu verringern oder
 35 werden politische und gesellschaftliche Konflikte eher verschärft?
- 36 - Sind die öffentliche Infrastruktur und die Angebote der Daseinsvorsorge ausreichend
 37 und zukunftsfähig, vor allem auch im Bereich Gesundheit und Pflege? Welche Maß-
 38 nahmen müssen ergriffen werden, um die Leistungsfähigkeit des Staates sicherzustel-
 39 len und zu verbessern?
- 40 - Wie kommen wir wieder mit denjenigen ins Gespräch, die sich von demokratischen Par-
 41 teien abgewendet haben? Wie kann ein gesamtgesellschaftliches Wir-Gefühl jenseits

- 1 von Ausgrenzung und Nationalismus gefördert werden? Wie können wir die zentralen
2 Fragen des Zusammenlebens (Wer sind wir? Wer gehört zu uns? Was macht uns aus?)
3 wieder gesamtgesellschaftlich diskutieren und klären? Wie ermöglichen wir, dass Men-
4 schen Zugehörigkeit und Heimat in einer vielfältigeren Gesellschaft erleben können?
- 5 - Wie organisieren wir öffentliches Handeln besser, damit Bürgerinnen und Bürger den
6 Staat wieder stärker als Partner in ihrem Lebensalltag wahrnehmen? Wie garantieren
7 wir, dass sich Frauen einfacher politisch beteiligen können? Wo schaffen wir neue Frei-
8 räume für persönliche Entfaltung durch den Abbau überflüssiger Bürokratie oder staat-
9 licher Ineffizienz? Wo muss der Staat stärker eingreifen und mehr investieren, um sei-
10 nem Anspruch als sozialer Rechtsstaat im Dienst der Bürgerinnen und Bürger gerecht
11 zu werden?

12 **III.4. Arbeitsformate zur inhaltlichen Erneuerung**

13 Die Antworten auf die beschriebenen programmatischen Herausforderungen brauchen eine
14 neue Arbeitsstruktur, um die offene und kritische Diskussion zu ermöglichen und die Entschei-
15 dungsfindung vorzubereiten. Wir werden daher einen Prozess „Kompass2018“ starten, unter
16 dem jedes der bisher genannten Themen ein eigenständiges Forum erhält (Forum Europa, Fo-
17 rum Fortschritt, Forum Migration, Forum Zusammenhalt). Dabei sollen insbesondere auch
18 Möglichkeiten zur Online-Beteiligung geschaffen werden. Dieser Prozess wird nicht nur partei-
19 intern stattfinden, sondern wir laden alle Bürgerinnen und Bürger ein, sich an dem Neustart
20 der sozialdemokratischen Bewegung zu beteiligen. Der Parteivorstand wird beauftragt, diesen
21 Prozess zu organisieren. Ziel ist es, innerhalb eines Jahres bis Ende 2018 zu einer mutigen und
22 klaren innerparteilichen programmatischen Klärung zu kommen.

23 Auf der Grundlage dieser programmatischen Klärung soll nach dem außerordentlichen Partei-
24 tag 2018 ein Prozess zur Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms eingeleitet werden.

25

26 **IV. Die organisatorische Erneuerung**

27 Die organisatorische Erneuerung unserer Partei wird die gesamte Organisation umfassen. Wir
28 wollen eine offene, innovative und diskussionsfreudige Partei werden, die Parteiarbeit im digi-
29 talen Zeitalter völlig neu definiert. Wir werden eine neue Kultur der Gleichberechtigung und
30 des Miteinanders verankern. Was gut war, kann bleiben. Was nicht gut ist, werden wir gemein-
31 sam verändern. Mit Mut zu neuen Wegen und Neugier auf die Veränderungen, die vor uns lie-
32 gen.

33 Dem großen Wunsch vieler SPD-Mitglieder nach mehr Mitbestimmung, mehr Transparenz,
34 mehr Generationengerechtigkeit, mehr Familienfreundlichkeit und neuen Beteiligungsforma-
35 ten, der zuletzt auch auf den Dialogveranstaltungen überall im Land deutlich wurde, werden
36 wir konsequent Rechnung tragen. Die SPD muss die Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden. Sie
37 muss durchlässiger werden und Menschen ohne Parteierfahrung einen Einstieg erleichtern.

38 Wir haben Respekt vor jedem, der sich engagieren möchte, unabhängig von zeitlichen Mög-
39 lichkeiten. Unser Anspruch ist, dass die SPD in Zukunft für jedes Mitglied eine Heimat und
40 Möglichkeiten bietet, sich nach Kräften zu beteiligen.

41 *„Der größte Schatz der SPD sind die Mitglieder, die einzelnen Menschen, deren Herz voll ro-
42 tem, sozialem Blut ist.“ (via e-mail)*

1 Der Parteivorstand wird beauftragt eine umfassende Mitgliederbefragung durchzuführen und
2 dabei gleichzeitig eine Bestandsanalyse vorzunehmen, um ein klares Bild von den Erwartungen
3 unserer Mitglieder zu bekommen. Wir werden in die Partei hinein hören und die Erneuerung
4 der Partei stark an den Vorstellungen unserer Mitglieder ausrichten. Die Parteikonvente 2018
5 und 2019, sowie die Parteitage 2018 und 2019 beraten und entscheiden dann über die daraus
6 abzuleitenden Maßnahmen.

7 *„-mehr Basiskonferenzen / Dialogveranstaltungen / Bürgerforen / Veranstaltungen vor Ort –
8 nicht nur dann, wenn es brennt.
9 -mehr Online-Konferenzen für Jüngere und ländliche Regionen,
10 -mehr Mitgliederentscheide,
11 -direkter Draht von unten nach oben fehlt / die Spitze soll die Basis fragen, was wichtig sein
SOLL“ (Dialogveranstaltung Kaiserlautern)*

12 Darüber hinaus müssen wir unsere hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen, aber auch unse-
13 re Mitglieder und Mandatsträgerinnen und Mandatsträger laufend qualifizieren und fördern,
14 so dass diejenigen, die für die SPD aktiv sind, die anspruchsvoller werdenden Aufgaben in den
15 Bereichen politischer-, kommunikativer- und organisatorischer Herausforderungen auch in
16 Zukunft gut meistern können. Ein solcher Prozess braucht Zeit und kann nicht von oben nach
17 unten verordnet werden. Die organisatorische Erneuerung muss deshalb als eine gemeinsame
18 Aufgabe aller Gliederungsebenen verstanden und Hand in Hand umgesetzt werden. Wir müs-
19 sen in den kommenden Jahren nicht nur unsere Organisation deutlich umbauen, sondern auch
20 unsere „Organisationskultur“ auf die Höhe der Zeit bringen.

21 *„Unsere innerparteiliche Kommunikation verläuft wie auf einer Einbahnstraße vor allem von
22 oben nach unten. Es gibt in unserer Kommunikation auch zu viele Ausrufezeichen und zu we-
23 nig Fragezeichen“ (via e-mail)*

24
25 Für eine erfolgreiche Erneuerung braucht es erstens klare Zielbeschreibungen, zweitens einen
26 verbindlichen Fahrplan, drittens eine klare Aufgabenzuweisung an die verschiedenen Partei-
27 ebenen und Akteure in diesem Veränderungsprozess. Die Organisationspolitische Kommission
28 wird deshalb beauftragt, entsprechend dieser drei Prämissen und auf der Grundlage der in die-
29 sem Antrag formulierten inhaltlichen Vorgaben, einen entsprechenden organisationspoliti-
30 schen Erneuerungsprozess zu begleiten. Die dafür notwendigen personellen und finanziellen
31 Ressourcen sind dafür vom Parteivorstand im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten si-
32 cherzustellen.

33 Schon jetzt wollen wir aber erste wichtige Schritte zur organisationspolitischen Erneuerung
34 unserer Partei gehen:

- 35 - Die Anforderungen an die Durchführung von Mitgliederbegehren werden wir überprü-
36 fen. Darüber hinaus werden wir die Beteiligung der Mitglieder bei Personalentschei-
37 dungen auf Bundesebene ermöglichen. Die Arbeit der Antragskommission zu den Bun-
38 desparteitagen und Konventen werden wir nachvollziehbarer gestalten.
- 39 - Bis zum ordentlichen Bundesparteitag 2019 wollen wir konkrete Zielvereinbarungen
40 entwickeln, um die Repräsentanz von Mandats- und Funktionsträgern stärker als bisher
41 an die realen gesellschaftlichen Alters- und Berufswirklichkeiten anzupassen.
- 42 - Für die satzungsgemäßen Arbeitsgemeinschaften gelten die organisationspolitischen
43 Programme und in den Richtlinien der Arbeitsgemeinschaften getroffenen Festlegun-
44 gen, dass die Bundesvorstände der Arbeitsgemeinschaften zu den Klausursitzungen des

- 1 SPD-Parteivorstands ein Arbeitsprogramm und eine Jahresplanung für das jeweilige
2 Jahr vorlegen. Allerdings hat der Parteivorstand diese Arbeitsprogramme weder disku-
3 tiert noch mit Budgets unterlegt. Die Vorlage der Arbeitsprogramme der Arbeitsge-
4 meinschaften muss deshalb mit der Beratung des Haushalts verbunden werden. Auch
5 die Arbeitsgemeinschaften sind gebeten, ihren Beitrag zu #SPDerneuern darzulegen.
- 6 - Die in der Vergangenheit vereinbarten Organisationsreformen werden noch einmal auf
7 ihre Umsetzung und Wirksamkeit hin überprüft. Es mangelte in der Vergangenheit
8 nicht an Ideen oder guten Vorschlägen, sondern an der konsequenten Umsetzung die-
9 ser Vorschläge. Diesen Fehler werden wir nicht wiederholen. Die Umsetzung der orga-
10 nisationspolitischen Beschlüsse des Bundesparteitags werden wir transparent und
11 nachvollziehbar gestalten.
- 12 - Zwar haben wir Instrumente für die Gleichstellung, wie die Quote und das Reißver-
13 schlussverfahren, allerdings werden sie nicht immer konsequent angewandt. Dies
14 reicht nicht, um Frauen auf allen Ebenen an Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Um
15 dies zu gewährleisten, wird eine Stabstelle für Gleichberechtigung beim Generalsekre-
16 tär eingerichtet. Dadurch wollen wir besser gewährleisten, dass alle Themen auch aus
17 der Perspektive von Frauen beleuchtet, Veranstaltungen nicht allein von Männern be-
18 stritten, Weiter- und Fortbildungen zum Thema Gender durchgeführt werden, und dass
19 die Strukturen so beschaffen sind, dass Frauen sich vor Ort politisch engagieren können.
20 Wir wollen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit dem ehrenamtlichen Engage-
21 ment in der SPD insbesondere für Frauen und Männer mit Familienpflichten verbes-
22 sern.
- 23 - Notwendig sind familienfreundliche Sitzungszeiten, Kinderbetreuungsangebote sowie
24 Plattformen und Debattenräume, in denen Frauen sinnvoll mitarbeiten können – onli-
25 ne und offline. Wir brauchen die Expertise von Frauen und werden daher eine gründli-
26 che, wissenschaftlich begleitete Analyse unserer Strukturen, Arbeitsweisen und inner-
27 parteilichen Kultur vornehmen, um zu prüfen, welche Hürden die Einbindung von Frau-
28 en in verantwortlichen Positionen unserer Partei erschweren. Aus dieser Analyse, deren
29 Ergebnisse wir veröffentlichen werden, sind konkrete Maßnahmen und Beschlüsse zur
30 Erreichung der genannten Ziele abzuleiten.
- 31 - Die Gleichstellung von Frauen und Männern in der SPD bleibt eine Aufgabe aller Partei-
32 gliederungen. Was wir programmatisch fordern, müssen wir auch innerhalb der Partei
33 leben. Nur so können wir auch glaubwürdig sein. Den politischen Inhalten muss nun
34 auch das Bild der SPD als moderne und vielfältige Partei folgen!
- 35 - Die gesamte SPD-Parteiführung muss konsequent für die Gleichstellung von Frauen
36 und Männern eintreten. Einerseits muss sie gleichstellungspolitische Themen voran-
37 treiben und überzeugend nach außen vertreten. Andererseits müssen alle Verantwort-
38 lichen – Haupt- wie Ehrenamtliche – auf allen Ebenen der SPD dafür sorgen, dass wir
39 auch in der Partei leben, was wir für Wirtschaft und Gesellschaft zu Recht einfordern.
40 Nur so können wir Glaubwürdigkeit zurück gewinnen. Dazu gehört auch, dass die Quo-
41 te bei der Besetzung von Parteigremien, bei Delegiertenwahlen und Listenaufstellun-
42 gen eingehalten wird und Wahlen, die den Vorgaben nicht entsprechen, nicht akzep-
43 tiert werden.
- 44 - Jede Parteiebene muss ihre jeweilige Verantwortung für die innerparteiliche Gleichstel-
45 lung wahrnehmen und die jeweils darüber liegende Parteiebene muss überprüfen, dass
46 dies auch geschieht. Wir werden mit den Bezirken und Landesverbänden beraten, wie
47 wir das in Zukunft sicherstellen können.

1 IV.1. Die SPD für das digitale Zeitalter aufstellen

2 Die Digitalisierung verändert unsere Gesellschaft und damit auch die politische Kommunikati-
3 on und Willensbildung fundamental. Für Parteien bieten sich dadurch enorme Chancen, wenn
4 sie den Wandel begreifen und Veränderungen vornehmen. Wir werden die SPD in den kom-
5 menden Jahren strukturell und organisatorisch für das digitale Zeitalter aufstellen.

6 *„Die SPD muss in sich - also auch die Mitglieder untereinander - einen wertebasierten, offenen
7 und vertrauensvollen persönlichen Zugang zu einander finden. Dazu braucht es eine mitglie-
8 deraktive Plattform.“ (via e-mail)*

9 Auf dem ordentlichen Bundesparteitag im Dezember 2015 haben wir mit #DigitalLeben ein
10 Grundsatzprogramm für die Digitale Gesellschaft beschlossen, das programmatisch einen zu-
11 kunftsweisenden Rahmen für unsere inhaltliche Arbeit liefert. Aus den Erfahrungen der Ent-
12 wicklung des Grundsatzprogramms, das online und partizipativ entwickelt wurde, können wir
13 bei der Erneuerung unserer Partei profitieren.

14 *„Nicht nur digital kommunizieren, sondern die Stränge digital und analog zusammenführen.“
15 (Dialogveranstaltung Berlin)*

16 Die Digitalisierung der Partei wird unter der Leitung des Generalsekretärs konsequent vorange-
17 trieben. Wir werden dabei Denkräume schaffen, um kreative digitale Köpfe in und außerhalb
18 der SPD in diesen Prozess einzubeziehen. Wir wollen Parteiarbeit neu denken und die Ergebnis-
19 se in den Erneuerungsprozess einfließen lassen. Erfolgreiche Formate, wie den „Hackathon“ im
20 Willy-Brandt-Haus, werden wir wiederholen und das Know-How langfristig an unsere Partei
21 binden.

22 *„Nicht nur Inhalte „senden“, sondern Inhalte „empfangen“ – über neue Partizipationsformen
23 z.B. über das Internet (mit Antragsrecht).“ (Dialogveranstaltung Wolfsburg)*

24 In einem ersten Schritt wollen wir folgende Maßnahmen umsetzen:

- 25 - Unser Ziel ist, die Parteiarbeit durch die weitere Digitalisierung aller Strukturen effizi-
26 enter, professioneller, offener und partizipativer zu gestalten. Der Parteivorstand prüft
27 die Möglichkeiten zur Einrichtung einer digitalen Anlaufstelle für alle Mitglieder, etwa
28 in Form einer App, zur Vereinfachung aller organisatorischen und inhaltlichen Aspekte
29 der Parteiarbeit. Wir wollen dadurch auch die digitalen Beteiligungsmöglichkeiten stär-
30 ken und zu programmatischen und organisatorischen Fragen regelmäßig ein Mei-
31 nungsbild der Mitglieder einholen.
- 32 - Wir wollen unseren Mitgliedern neue Möglichkeiten eröffnen, sich digital, themenbe-
33 zogen und zeitlich flexibel in unserer Partei zu engagieren. Der Parteivorstand wird
34 deshalb beauftragt, bis spätestens 2019 die Einrichtung einer begrenzten Anzahl onli-
35 ne-organisierter Themenplattformen durchzuführen. Die Themenplattformen ermögli-
36 chen die ortsungebundene Teilhabe an politischen Prozessen und stärken den inhaltli-
37 chen Diskurs in unserer Partei. Dies wird den Anteil der aktiven Mitglieder, die sich bis-
38 her in den bestehenden Strukturen nicht wiederfinden, deutlich erhöhen. Die Themen-
39 plattformen erhalten ein Antragsrecht auf dem Bundesparteitag. Die Forderung, den
40 Themenplattformen Delegiertenrechte zu übertragen, ist berechtigt und wird vor der
41 Einführung gemeinsam mit der organisationspolitischen Kommission geprüft.
- 42 - Wir werden ein Online-Ideenmanagement entwickeln, um die Kreativität und die Inno-
43 vationskraft unserer Mitglieder für die Erneuerung unserer Partei zu nutzen. Wir wollen

1 die Arbeitsabläufe, die Kommunikation und die Arbeit vor Ort auf allen Ebenen verbesser-
2 tern. Dafür werden wir Ideen sammeln und diese transparent bewerten und bearbei-
3 ten.

4 - Wir wollen die digitalen Kompetenzen unserer Haupt- und Ehrenamtlichen auf allen
5 Ebenen stärken. Dafür werden wir die digitale Expertise der Parteischule weiter aus-
6 bauen. Wir wollen zudem, dass Haupt- und Ehrenamtliche von den Erfahrungen aus
7 anderen Regionen profitieren und ein unkomplizierter Austausch über erfolgreiche
8 Formate und Ideen (best practice) ermöglicht wird.

9 - Die Parteizentrale in Berlin wird sich gemeinsam mit den Bezirks- und Landesverbänden
10 neuen digitalen Organisationsmöglichkeiten, wie kollaborativen Projektmanage-
11 ment- und Kommunikationstools öffnen, um neue, kreative Potenziale freizusetzen.
12 Gleichzeitig ermutigen wir unsere Mandats- und Amtsträger neue digitale Dialogfor-
13 men für ihre Arbeit zu nutzen, um direktes Feedback für ihre Arbeit einzuholen.

14 **IV.2. Antworten auf regionale Schwächen der SPD**

15 Wir haben 299 Bundestagswahlkreise. In diesen leben im Durchschnitt 1.454 Mitglieder; aller-
16 dings unterscheiden sich die Wahlkreise stark. Sie schwanken von 5.136 bis zu 148 Mitgliedern.
17 Gerade im Osten finden wir die meisten Wahlkreise mit wenigen Mitgliedern. Die Sozialdemo-
18 kratie wird ihrem eigenen Anspruch als gesamtdeutsche politisch gestaltende Kraft nicht mehr
19 gerecht. Wollen wir Volkspartei bleiben, können wir uns nicht mit Regionen abfinden, in denen
20 die SPD nicht mehr personell und organisatorisch verankert ist. Hier muss ein konkreter Maß-
21 nahmenkatalog entwickelt werden, für die Stärkung der Organisationskraft in allen Regionen
22 der SPD.

23 Wir werden eine umfassende, datenbasierte Analyse der Wahlergebnisse in 299 Bundestags-
24 wahlkreisen vornehmen, um besonders positive und besonders negative Entwicklungen her-
25 auszuarbeiten und daraus zu lernen.

26 Wir wollen die Landesverbände und Bezirke darin unterstützen, gezielt Strukturen zu stärken
27 und vor Ort langfristig starke Persönlichkeiten aufzubauen und zu fördern. Gemeinsam mit
28 den Landesverbänden und Bezirken wollen wir Modellprojekte entwickeln, die umsetzbare
29 Konzepte zur Stärkung der örtlichen beziehungsweise regionalen Kampagnenfähigkeit zum
30 Ziel haben.

31 **IV.3. Ostdeutschland**

32 Will die SPD zu alter Stärke zurückfinden, gilt es, als Partei ein klares öffentliches Bekenntnis zu
33 den besonderen Herausforderungen in Ostdeutschland zu geben. Deshalb werden wir im Früh-
34 jahr 2018 eine öffentlichkeitswirksame Dialogreihe in allen ostdeutschen Landesverbänden
35 mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern starten, um dort über Themen, aber auch die be-
36 sonderen Erwartungshaltungen der Ostdeutschen an die Politik der SPD, zu diskutieren. Die
37 Themen und Anregungen dieser Dialogreihe werden gesammelt und auf einem SPD-Ost-
38 Konvent im Herbst 2018 verabschiedet.

39 Neben der Verantwortung, die bei den jeweiligen ostdeutschen Landesverbänden liegt, bedarf
40 es hierfür Strukturen beim Parteivorstand. Hierfür wird zum einen aus den Reihen des Partei-
41 vorstandes eine Beauftragte/ ein Beauftragter für die Entwicklung der SPD in Ostdeutschland
42 benannt. Der Generalsekretär und die/der Beauftragte erarbeiten ein „Zukunftsprogramm Ost“
43 zur inhaltlichen, organisatorischen und strukturellen Neuaufstellung der SPD-Ostdeutschland,
44 zur besseren Vernetzung der Landesverbände und SPD-Landtagsfraktionen, sowie der Landes-

1 regierungen mit SPD-Beteiligung. Das „Zukunftsprogramm Ost“ sollte ebenfalls auf dem SPD-
2 Ost-Konvent im Herbst 2018 verabschiedet werden.

3 **IV.4. Unsere Zielgruppen ansprechen**

4 Moderne Zielgruppenarbeit zeichnet sich darin aus, dass sie sich stetig erneuert und vernetzt.
5 Die Arbeitsgemeinschaften in der SPD bieten die Möglichkeit, unterschiedliche Milieus und
6 Gruppen der Gesellschaft anzusprechen und bei der Ansprache von Zielgruppen neue Mitglie-
7 der für die SPD zu gewinnen. Sie sind wichtige Impulsgeber der Partei aus ihren jeweiligen
8 Fachgebieten, thematischen Schwerpunkten und Zielgruppen und bündeln politische Ideen. Sie
9 richten zukünftig noch stärker den Blick auch auf die Einbindung Interessierter ohne Partei-
10 buch. Eltern wissen zum Beispiel, wo der Schuh in Kita und Schule drückt. Wer im Beruf steht,
11 kennt die alltäglichen Kämpfe um eigene Entscheidungsmöglichkeiten, Zeit, Konkurrenz und
12 Solidarität. Wer seine Eltern oder Schwiegereltern pflegt, ist Expertin in gesundheitspolitischen
13 Fragen und im Umgang mit der Pflegeversicherung.

14 Insbesondere jungen Frauen müssen Teilhabeangebote gemacht werden, die es ihnen ermögli-
15 chen, ihre politischen Schwerpunkte zu formulieren und umzusetzen. Bei der Ansprache von
16 jungen Menschen nehmen wir verstärkt auch die Gruppe der Schülerinnen und Schüler, Auszu-
17 bildenden oder jungen Facharbeiterinnen und Facharbeiter und Angestellten in den Fokus.

18 Dies stellen wir unter anderem dadurch sicher, dass wir vermehrt junge Menschen auf ihrem
19 Weg in die Gremien und Parlamente unterstützen, um jungen Menschen direkt eine Stimme zu
20 geben.

21 Die Partei muss sich weiter für Menschen mit Migrationshintergrund öffnen und ihnen ein
22 entsprechendes Angebot machen.

23 Die SPD muss mit Selbstbewusstsein und Entschlossenheit auftreten und in ihrer Außenwir-
24 kung mehr auf gezielte Aktionen und Veranstaltungen setzen. Politische Ideen werden ge-
25 meinsam erarbeitet und orientieren sich daran, dass sie eine politische Umsetzung finden. Nur
26 so lassen sich Menschen begeistern, wenn sie sehen: Die SPD bewegt was!

27 Deshalb werden wir:

28 - Gemeinsam mit den Arbeitsgemeinschaften an einer besseren Ansprache der Zielgrup-
29 pen über eine optimierte Datenlage arbeiten.

30 - Alle Mitglieder befragen, in welchen Arbeitsgemeinschaften sie mitarbeiten möchten.
31 Die Zuordnung zu den Arbeitsgemeinschaften AG 60plus, Jusos und ASF bleibt unbe-
32 rührt.

33 - Neue Wege suchen mit Menschen zu Themen und Anliegen in den Dialog zu kommen.

34 Die SPD greift die gesellschaftlichen Veränderungen im Zusammenleben und in der politischen
35 Arbeit auf. Wir nutzen die Chancen, die sich daraus ergeben.

36 Dies werden wir erreichen: Mit einem Mehr an Beteiligung, mit einem Mehr an Dialogbereit-
37 schaft, mit einer modernen Mitglieder- und Zielgruppenarbeit unter Berücksichtigung von
38 neuen digitalen Instrumenten.

39 Denn nur eine Partei, die sich selbstbewusst den thematischen und organisatorischen Verän-
40 derungen stellt und sich täglich anstrengt als Gesamtpartei ein aktiver Part der Demokratie zu
41 sein, ist zukunftsfähig.

1 **IV.5. Internationale Strukturen (SPE, Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen** 2 **Parlament, Progressive Allianz)**

3 Fortschrittliche Lösungen für viele der Herausforderungen unserer Zeit sind nur in europäischer
4 und internationaler Zusammenarbeit möglich. Die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokrati-
5 schen Partei Europas (SPE), der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament und
6 der Progressiven Allianz (PA) ist daher ein Kernelement unserer auf Gerechtigkeit und Fort-
7 schritt zielenden Politik. Die Erneuerung der SPD muss mit der Erneuerung der europäischen
8 Sozialdemokratie insgesamt einhergehen. Dieser Prozess ist mit der Gründung der Progressive
9 Alliance eingeleitet und muss weitergeführt werden. Dazu bedarf es einer weiteren Reform
10 und Stärkung der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE). Konkrete Ziele für die internatio-
11 nale Zusammenarbeit:

- 12 - Die SPE als zentralen Ort der politischen Koordinierung und strategischen Debatte der
13 europäischen Sozialdemokratie stärken.
- 14 - Den gemeinsamen Spitzenkandidaten/die gemeinsame Spitzenkandidatin für die Eu-
15 ropawahl 2019 in transparenten und partizipativen Verfahren wählen.
- 16 - Der Ausbau der Progressiven Allianz als Debattenort für langfristige Strategien und
17 globale Konzepte für Fortschritt und Gerechtigkeit.
- 18 - Ausbau des innereuropäischen Jugendaustausches.
- 19 - Der Parteivorstand wird beauftragt, die Verzahnung des Prozesses #SPDerneuern mit
20 der Weiterentwicklung der europäischen Sozialdemokratie umzusetzen.